

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sowjetrußlands Außenpolitik.

Vitwinow über den deutsch-russischen Vertrag.

Im Zentralsekretariatkomitee, sozusagen dem „Reichsrat“ der Sowjetunion, hielt der stellvertretende Außenkommissar Vitwinow unter großer äußerer Aufmachung — der deutsche und andere Botschafter, alle Oberbolschewisten usw. als Zuhörer — eine lange Rede, in der er zunächst die gemohnten Rostauer Formeln von Diskreditierung des Völkerbundes, Erschütterung der Locarno-Politik und Fernhaltung Sowjetrußlands von der vorbereitenden Abrüstungskonferenz zum Zweck ihrer Sabotierung wiederholte. Hierauf gab Vitwinow unter dem Beifall der Versammlung bekannt, daß

der deutsch-russische Vertrag

abgeschlossen sei. Er vertas den Wortlaut des Vertrages und führte weiter aus:

Der deutsch-russische Vertrag beruht auf der Ueberzeugung der Regierung beider Länder, daß es im Interesse beider Länder liegt, die auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Freundschaft stetig zu festigen. Der Vertrag enthält keine geheimen Klauseln und es bestehen keine geheimen Protokolle als Ergänzung zu ihm. Der Berliner Vertrag stellt lediglich eine Präzisierung des Vertrages von Rapallo dar, der keine Entfestigung der freundschaftlichen Bestrebungen beider Länder, der Uebereinstimmung ihrer Interessen und der gefährlichen außenpolitischen Lage verdankt, in welcher sich damals die beiden Länder befanden. Ob seitdem Deutschland in Europa mehr Freunde erworben hat und ob es nach Locarno und Genf seine Beziehungen zu den europäischen Mächten als genügend befriedigt und gefestigt und seine Lage als gefahrlos betrachtet, das ist eine Angelegenheit Deutschlands. Die Sowjetunion kann, trotzdem sich ihre internationale Lage bedeutend verbessert hat, die Möglichkeit kollektiver Angriffe auf ihre Sicherheit nicht außer Acht lassen. Die Verminderung einer solchen Gefahr bedeutet zugleich eine Festigung für den Weltfrieden. Während die Politik einiger Mächte darin besteht, sich militärisch aneinander anzuschließen, ein Verfahren, das seinerzeit zum Weltkrieg führte, und das seinen Ausdruck in dem Abschluß von Verträgen, wie den jetzt erneuerten rumänisch-polnischen Vertrag, findet, besteht die Politik der Sowjetregierung darin, friedliche, zusammenhängende vorübergehende Verträge abzuschließen. Wenn alle Staaten der Welt die gleiche Politik verfolgen würden, wie sie in dem türkisch-russischen und deutsch-russischen Vertrag zum Ausdruck kommt, so würde dies für die Sicherung des Weltfriedens unendlich mehr bedeuten als alle bisherigen und künftigen Maßnahmen des Völkerbundes auf diesem Gebiete. Die von der europäischen Diplomatie und Presse kürzlich aufgeworfene Frage, ob der Berliner Vertrag im Widerspruch zum Geiste von Locarno stehe ist eher an Deutschland als an die Sowjetunion gerichtet. Diese braucht sich vor niemandem zu verantworten. Im übrigen hängt die Beantwortung dieser Frage rein objektiv davon ab,

welchen Zweck man mit Locarno verfolgt.

Wird mit Locarno die Befriedigung Europas erstrebt, so müßte jedermann den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages aufs wärmste begrüßen. Wenn aber der Verdacht der Sowjetunion begründet ist und Locarno den Zweck verfolgte, einen Block gegen die Sowjetunion zu schaffen und diese zu isolieren, so widerspricht der heute in Berlin unterzeichnete Vertrag einem solchen Geiste von Locarno. Nach wie vor bleibt Locarno für die Sowjetunion eine Bedrohung. Die

Gewährung eines Kredits von 300 Millionen Mark von Deutschland an Rußland

ist ein günstiges Anzeichen für die Festigung der Zusammenarbeit beider Länder. Die hohen Zinsforderungen der deutschen Banken haben bisher eine Realisierung dieser Kredite schon nicht ermöglicht. Die interessierten deutschen Wirtschaftskreise suchen, sondern vorteilhafte Kredite. Es ist uns nicht möglich, von Deutschland Kredite zu ungünstigeren Bedingungen anzunehmen, als es die Bedingungen der von anderen Ländern erhaltenen Kredite sind.

Ueber die Pariser Verhandlungen teilte Vitwinow mit, daß die Absichten einer Zusammenarbeit mit Frankreich im Falle einer Verständigung außerordentlich groß seien.

Vitwinow hat dann recht eindringlich den Vereinigten Staaten Verhandlungen mit Sowjetrußland an und ließ durchblicken, daß Moskau eventuell selbst die amerikanische Kriegsanleihe an die Kerenski-Regierung anerkennen würde, wenn Amerika nur vorher die Beziehungen zu Rußland aufnehme, wonach den Amerikanern glänzende Geschäfte blühten. In England glaubt er einige günstige Symptome für Besserung des Verhältnisses zu Rußland zu erblicken. Auch nach London richtete er freundliche Verhandlungsangebote. In ganz anderem Tone sprach er natürlich zu Polen. Dem sagte er:

„Leider verhindern gewisse innere, ebenso wie fremde Einflüsse die politische und wirtschaftliche Verständigung mit

Polen, dessen Wirtschaftsnot den Sowjetmarkt dringend braucht.

Von russischer Seite unternommene Verständigungsversuche scheiterten an dem Anspruch Polens, im Namen sämtlicher baltischen Staaten zu reden, von denen es ein derartiges Mandat niemals erhält. Die Sowjetregierung wird ein Protektorat Polens über die baltischen Länder nicht anerkennen. Die Erneuerung des polnisch-rumänischen Vertrages vermindert die Verständigungsaussichten mit Polen. Dadurch wird auch ein Handelsvertrag, der nur auf der Grundlage der Vereinigung aller Fragen möglich ist, hinausgeschoben.

Die Sowjetregierung schlägt

allen baltischen Ländern den Abschluß eines Neutralitätspaktes

vor. Vitwinow betonte besonders die freundschaftlichen Beziehungen zu Litauen, deren weitere Förderung zu einem bedeutenden Faktor für die Festigung des osteuropäischen Friedens werden könne.

Ohne jemals tiefste Sympathie für die nationalrevolutionäre Bewegung in China

verheimlicht zu haben, enthält sich, so erklärte Vitwinow weiter, die Sowjetunion jeglicher Einmischung in die innere Angelegenheit Chinas und wird die Politik der Respektierung der Souveränitätsrechte des chinesischen Volkes und der Aufrechterhaltung normaler Beziehungen zu den zentralen sowie lokalen Regierungen Chinas weiterführen. Vertreter dieser Politik bleibt Karahan; alle Versuche, seine Politik von derjenigen der Sowjetregierung zu scheiden, sind fruchtlos. Ein soeben geschlossenes

Abkommen zwischen Serebriakoff und Tchanghschia

betont die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung normaler Beziehungen zur Mandchurei, wo die Ostchinesische Bahn läuft und Japan Interessen besitzt, denen die Sowjetregierung im Rahmen des Möglichen entgegenzukommen bereit ist.

Damit war diese Rundgebung zu Ende. Besonders in Warschau wird sie einigen Lärm verursachen. Ob sie in Washington und London jene Wirkungen erzielt, die sie haben soll, bleibt abzuwarten.

Das Echo des deutsch-russischen Vertrages.

Keine übermäßige Aufregung im Ausland.

Da sich die Welt in den letzten vierzehn Tagen allmählich an den Gedanken gewöhnen konnte, daß Deutschland und Rußland über den Abschluß eines Ergänzungsvertrages verhandelten, hat die Nachricht der erfolgten Unterzeichnung wenig Aufregung im Ausland hervorgerufen; jedenfalls weniger, als einst nach Rapallo. Von Interesse ist eine englische Blättermeldung aus Berlin, daß die schnelle Unterzeichnung auf Anraten Lord d'Abernons zurückzuführen sei; der englische Botschafter hätte Stresemann nahegelegt, die Welt nicht länger in Ungewißheit und Unruhe zu halten. (Ein durchaus richtiger Gesichtspunkt.) Andererseits hätten auch die Russen befürchtet, daß bei längerer Hinauszichung der Verhandlungen Deutschland schließlich die Lust verliere.

Die englische Presse verhält sich allgemein kühl und unbefangt, das Arbeiterblatt „Daily Herald“ begrüßt sogar diesen Vertragsabschluß. In Paris sind es nur die nationalrussischen Blätter wie „Echo de Paris“ und „Gaulois“, die in dem Rußlandvertrag eine Abkehr Deutschlands von Locarno zu erblicken vorgeben, und damit auch eine außenpolitische Blamage Briand's. Außerdem hat der rumänische Gesandte Diamondy das Bedürfnis empfunden, in einem Interview an den „Matin“ seinem Mißtrauen heftigen Ausdruck zu verleihen. Sonst zeigt sich die Pariser Presse nicht übermäßig befangen.

Tripolis genügt uns nicht!

Mussolinis Bruder fordert außerdem Albanien, Syrien und später Tunis.

Madrid, 26. April. (PE.) Die Zeitung „ABC“ veröffentlicht ein Interview mit Arnaldo Mussolini, dem Bruder Mussolinis, worin dieser für die Erweiterung des italienischen Kolonialreiches eintritt. Tripolitanien könne Italien, das eine so große Bevölkerungszahl aufweise, nicht genügen. Italien denke vor allem an Albanien, das noch große Möglichkeiten aufweise und ungenügend bevölkert sei, und es denke an Syrien, das von Frankreich doch nicht kolonisiert werden könnte. Auf eine Anfrage des Korrespondenten bezüglich der italienischen Ansprüche auf Tunis antwortete Mussolini, daß Italien vielleicht daran denken werde, aber erst später. Für Italien sei die Erlangung neuer Kolonien eine imperative Notwendigkeit. Italien sei bei der Aufstellung der Welt zu spät gekommen. Das bedeute aber nicht, daß diese Aufstellung eines Tages revidiert werden könne. Es handle sich bei dieser Politik nicht um Imperialismus, sondern um den einfachen Selbsterhaltungstrieb.

Italienische Rüstungen?

New York, 26. April. (TL.) Der Korrespondent der „New York World“ in Chiasso erzählt von unrichtiger Seite aus Mailand, das italienische Kriegsministerium habe ein schnelleres Ausarbeiten der Truppenkonzentrationspläne und der Mobilisierungsbefehle angeordnet, damit vor Juni alles bereit sei. Der Korrespondent meldet weiter, die abritischen Divisionen arbeiteten mit fieberhaftem Eifer. Eine faschistische Zeitung habe erklärt: Entweder gebe Europa Italien freiwillig Kolonien oder dieses werde sie sich früher oder später mit Gewalt holen.

Türkisches Manöver mit zwei Reservistenjahrgängen.

Die türkische Botschaft in Berlin teilt mit: In den letzten Tagen wurden durch die europäische Presse alarmierende Nachrichten über die Türkei verbreitet. Daraus bezugnehmend legt die türkische Botschaft zu Berlin Wert darauf, die wirkliche Sachlage folgendermaßen darzustellen: Die gegenwärtigen internationalen Beziehungen der Türkischen Republik sind normal und vom Geiste der Freundschaft getragen. Die Türkei unterhält zu allen ihren Nachbarn und allen Mächten freundschaftliche Beziehungen. Die Nachrichten über eine angebliche Mobilisation in der Türkei treffen nicht zu. Es finden nur die alljährlichen großen Manöver statt, die jetzt nach Westanatolien verlegt sind. Man hat zu diesem Zwecke nur (H)wei Reservistenjahrgänge einberufen. Die alarmierenden Meldungen dürften wohl auf dieses normale Unternehmen zurückzuführen sein.

Bayerische Heldenstücke.

Der weißblaue Ministerpräsident gegen Luther und Stresemann.

Vor einigen Wochen machte der „Bayerische Staatsanzeiger“ des bayerischen Ministerpräsidenten Held in einem aufsehenerregenden Artikel einen wütenden Ausfall gegen die Locarno-Politik der Reichsregierung. Ministerpräsident Held ließ darauf feierlich erklären, die bayerische Staatsregierung stände diesem Artikel völlig fern; er sei nicht mit drei Sternern gezeichnet und das Privatprodukt irgendeines Redakteurs des „Staatsanzeigers“. Die Welt beruhigte sich wieder, Herr Held setzte aber seine Wutursarbeit gegen die Politik der Reichsregierung fort.

Am 25. April ließ er nun selbst in Regensburg bei einer Tagung des Landesverbandes der Bayerischen Volkspartei ein Trommelfeuer gegen die Außenpolitik der Reichsregierung spielen. Er erklärte — fast unmittelbar nach dem Besuch Luthers in München! — in seiner Rede etwa folgendes:

Bei der gegenwärtigen Lage des deutschen Volkes bleibt uns, so sagte Held, nichts übrig, als durch eine klare Außenpolitik und eine kluge Ausnutzung der vorliegenden Konstellationen in der nächsten Zukunft unser Heil zu suchen. Im gegenwärtigen Augenblick sei nichts verkehrter, als mit einem Säbel zu rasseln, den wir gar nicht haben. Was wir von der deutschen Außenpolitik fordern, sei ein festes Ziel, das der Würde des deutschen Volkes nichts vererbe. Wenn wir allerdings nach dieser Richtung hin die deutsche Außenpolitik der letzten 1 1/2 Jahre betrachten, so kann ich nicht behaupten, daß wir eine besonders glückliche Hand gehabt haben. Ich bin nicht der Auffassung, die da und dort die Reichsregierung zu haben scheint, als ob nur über England unser Heil zu finden wäre. Der Sicherheitspakt und was damit zusammenhängt ist im letzten Grunde nichts anderes als eine Sicherung der englischen Politik. Was wir bisher von Locarno erlebt haben, ist nur eine Kette von Enttäuschungen; das gilt besonders für unsere Pfalz, wo die Dinge eher noch schlechter geworden sind als sie es schon waren. Der Völkerbund ist nichts anderes als ein Instrument der Siegerstaaten, um uns an die Wand zu drücken. So wenig die Minoritätenfragen durch den Völkerbund weitergebracht worden sind, so wenig wird Deutschland imstande sein, die Dauer der Besatzungsrisen am Rhein vorwärts zu bringen. Deutschland kann sich außerhalb des Völkerbundes viel stärker geltend machen als es im Völkerbund möglich ist. Es ist eine Frage für sich, in die Völkerbunds-Kommission hineinzugehen, ohne zu wissen, welche Kompetenzen diese Kommission hat. Ich würde es für einen Fehler halten, wenn Deutschland nur Westpolitik treiben wollte aus der Stimmung heraus, die uns heute beherrscht gegenüber der Sowjetpolitik. Ich glaube, daß das Rußland von heute nicht das Rußland der Zukunft sein wird.

Zur Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Bayern betonte Ministerpräsident Held, daß seine Partei auf dem Boden des Föderalismus stehe. Die Einheit des Reiches wollen wir unter allen Umständen, aber dazu braucht man kein Einheitsreich, das alle Staaten verschlingt und in dem nur ein entscheidender Wille für alle Fragen maßgebend ist.

Der bayerische Held ist jetzt gegen die Westmächte geladen, mit denen er doch kurz vor dem Zusammenbruch Deutschlands offen liebäugelte. Er lehnte damals eine Sympathieerklärung für die Aufrechterhaltung des Reiches ab und wollte Preußen, den Kern des Deutschen Reiches, einfach sich selbst überlassen! Herr Held fürchtete den Einbruch der Italiener in die weißblauen Grenzmarken und suchte nach einem bayerischen Sonderfrieden mit den Stegerstaaten, die er jetzt angreift. Held hat seine Unterhandlungen mit den bayerischen Kammerliberalen dreist abgeleugnet. Diese Kunst versteht er ja vortrefflich — und so wußte er ja auch nicht um jenen Angriff des „Bayerischen Staatsanzeigers“ gegen die Außenpolitik der Reichsregierung.

Held arbeitet unermüdet an einer Vockerung des Reichszusammenhalts. Obwohl kein Bayer von Geburt, hat er die „bayerische Staatspersönlichkeit“ erndet. Ein „blinder Hesse“, der vorgibt, plötzlich sehend geworden zu sein!

Seine bayerische „föderalistische“ Politik ist nichts anderes als die bewußte Förderung der partikularistischen Interessen der weißblauen Monarchie. Und bei der Förderung dieser Politik verfährt er ganz skrupellos. Jetzt wieder läßt er die bewaffneten bayerischen Verbände frei schalten und walten, die sich offen auf einen hochverräterischen Vorstoß gegen die deutsche Republik vorbereiten.

Unter seinen Augen leben die alten „Kampfbünde“ wieder auf, die jetzt durch den Kriegerbund und die Regimentsvereinigungen verstärkt worden sind. Die Kampfbünde haben nun Richtlinien für eine gemeinsame vaterländische Arbeit nationalgesinnter Verbände und Vereine ausgearbeitet. Diese Verbände wollen den „Frontkriegergeist“ pflegen und in der Jugend fortpflanzen. Ihre antirepublikanische Gesinnung dokumentieren sie offen in dem Punkt ihres Richtlinienprogramms: „Errichtung einer geschlossenen nationalen Front gegen Reichsbanner und Roten Frontkämpferbund“.

Diese Verbände wollen eine neue schwarze Reichsmehr schaffen. Jeder Verein soll eine wehrhafte Stammgruppe und eine Jugendgruppe ausrüsten:

Die Uniformierung erfolgt nach einheitlichen Grundrissen unter Vorbild der Reichswehruniform. Jede Stamm- und Jugendgruppe

trägt das Abzeichen ihres Regiments oder ihres Vereins. Bei Alarm versammeln sich Stamm- und Jugendgruppen auf einem Marktplatz zur Verfügung der Regierung und erwarten dort deren Befehle.

Die Verbände wollen also eine bewaffnete Hilfstuppe der „nationalen Regierung“ in Bayern bilden, die sie vor allem gegen die Verteidiger der Republik, gegen das Reichsbanner führen soll.

Hat der sonst so gesprächige Held schon ein Wort gegen diese bewaffneten Verbände gesprochen, die sich offen zum Bürgerkrieg gegen die Republik vorbereiten?

Den bayerischen Ministerpräsidenten Held trifft der schwere Vorwurf, daß er systematisch an der Unterminierung der Außen- und Innenpolitik des republikanischen Deutschland arbeitet, um den weißblauen monarchistischen Partikularismus wieder aufleben zu lassen.

Wenn irgend etwas geeignet ist, dem Gedanken der Einheitsrepublik neue Anhänger und dem Partikularismus der weißblauen Schildebürger Gegner zu werben, dann sind es diese bayerischen Heldensprüche, die trotz der schönen Lutherreden auf nichts anderes hinauslaufen, als auf die Zerstörung jeder einheitlichen Reichspolitik!

Vor einem Jahr.

Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten.

Heute vor einem Jahr wurde Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt. Da im ersten Wahlgang am 29. März keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hatte, war ein zweiter Wahlgang notwendig geworden. Im ersten Wahlgang hatten Stimmen erhalten:

Braun (Soz.)	7 798 846
Jarres (Rechte)	10 408 885
Marg (Ztr.)	8 884 877
Thälmann (Komm.)	1 871 207
Hellpach (Dem.)	1 587 197
Held (Bayer. Vp.)	1 006 790
Kudendorff (Völk.)	284 975

Im zweiten Wahlgang einigten sich Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten auf die republikanische Sammelkandidatur Marg. Die Rechtsparteien hielten unter schweren inneren Kämpfen Jarres ab und erkoren Hindenburg zu ihrem Kandidaten. Die Kommunisten hielten an Thälmann fest. Das Ergebnis des 26. April war dann folgendes:

Hindenburg	14 855 766
Marg	18 781 615
Thälmann	1 981 181

Insgesamt waren bei einer Zahl von 39,2 Millionen Stimmberechtigten 30,3 Millionen gültige Stimmen abgegeben worden, 3,3 Millionen Stimmen mehr als am 29. März. Hindenburg erhielt 3,9 Millionen Stimmen mehr als Jarres, während Marg nur etwa eine halbe Million Stimmen mehr gewinnen konnte, als Braun, Hellpach und er selber am 29. März aufgebracht hatten.

Diese Zahlenentwicklung zeigt deutlich, daß die Rechte ihren Sieg nicht der Güte ihrer Sache verdankte, sondern nur der großen Popularität, die der Name des berühmten Feldmarschalls besonders in nichtpolitischen Kreisen genoss. Aber auch sie hat ihm, als dem Kandidaten der Rechten, noch nicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen zuführen können. Es hatten bei der Wahl gestimmt 14 655 766 Wählerinnen und Wähler für Hindenburg, aber 15 682 266, also über eine Million mehr, gegen ihn. Hindenburg wäre heute nicht Reichspräsident, wenn ihm nicht die Kommunisten mit ihren rund zwei Millionen Zersplitterungstimmen zum Sieg verholfen hätten.

Mit ihrer Thälmann-Kandidatur hatten die Kommunisten ein gefährliches Spiel getrieben, und es ist nicht ihr Verdienst, daß das Ergebnis immer noch glimpflich blieb, ja sogar für die Republik auch seine guten Seiten hatte. Seit dem

20. April 1925 ist die Rechte ihres Sieges nicht froh geworden. Sie hat mit Ingrimm gesehen, daß gerade durch den Wahlsieg Hindenburgs Millionen mit der Republik ausgehöhlt wurden. Hindenburg selbst leistete seinen Eid auf die Verfassung und hielt ihn. Seine Rechtschaffenheit und sein aufrichtiges Bestreben, als republikanisches Reichsoberhaupt eine unparteiische Haltung einzunehmen, sicherten ihm auch den Respekt derer, die ihn bei der Wahl bekämpft hatten. So schwere Taten und harte Proben, wie sie Ebert zu bestehen hatte, sind dem zweiten Präsidenten der Republik freilich bisher erspart geblieben.

Was der 26. April für das vergangene Jahr war, wird für dieses ein Tag im Juni werden: der Tag, zu dem alle Wahl- und Stimmberechtigten aufgerufen sind, der Tag einer großen Volksentscheidung. Der 26. April war kein Siegestag der Monarchie. Mag der kommende Sonntag ein Siegestag der Republik werden!

Das Gemeindebestimmungsrecht.

Bevorstehende Beratungen im Reichshandels-Ausschuß.

Zu den vielen in Deutschland heftig umstrittenen Fragen ist neuerdings auch die Frage des Gemeindebestimmungsrechtes getreten. Das Gemeindebestimmungsrecht (GBR) ist das Recht der wahlberechtigten Gemeindeglieder, über die Frage des Ausschanks geistiger Getränke innerhalb des Gemeindebezirks selbständig zu entscheiden und darüber zu bestimmen, ob und in welchem Umfang Ausschankverbote für geistige Getränke erlassen werden dürfen.

Bereits in § 33 der Reichsgewerbeordnung, mehr noch im Gesetz vom 24. Februar 1923, waren Bestimmungen vorgelesen, die den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft wie den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus, abgesehen von den persönlichen und sachlichen Erfordernissen für den Betrieb, noch von einigen anderen Voraussetzungen, insbesondere dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses, abhängig machten. Von einem GBR wurde hier aber noch nicht gesprochen. Das GBR wurde gesetzlich in Deutschland zum ersten Male umschrieben im Entwurf eines Schankstättengesetzes, der dem Reichstag am 6. Juni 1923 unterbreitet, aber nicht verabschiedet wurde. Der einschlägige § 26 lautet:

„Durch Bundesgesetz kann angeordnet werden, daß auf Verlangen eines Fünfteils der zur Gemeindevahl berechtigten Mitglieder einer Gemeinde oder eines Gemeindebezirks in der Gemeinde oder dem Gemeindebezirk darüber abgestimmt wird, ob in der Gemeinde oder dem Gemeindebezirk 1. für neu zu errichtende Gast- und Schankwirtschaften die Erlaubnis, geistige Getränke auszuschenken, künftig noch erteilt werden darf oder nicht, 2. die Erlaubnis, geistige Getränke auszuschenken, für bestehende Gast- und Schankwirtschaften im Falle des Bestwechfels erneuert werden darf oder nicht, 3. das Ausschanken und Verabfolgen geistiger Getränke a) nur im Kleinhandel oder b) nur in Gast- und Schankwirtschaften oder c) in Gast- und Schankwirtschaften und im Kleinhandel verboten werden soll.“

Wenn drei Viertel aller Wahlberechtigten sich an der Abstimmung beteiligen und zwei Drittel der gültigen Stimmen für das Verbot abgegeben werden, hat die zuständige Behörde binnen zwei Monaten nach dem Tage der Abstimmung entsprechende Anordnungen zu erlassen. Das Verbot, geistige Getränke auszuschenken oder zu verabfolgen (§ 33), wird sechs Monate nach der Verkündung wirksam.

Eine neue Abstimmung darf erst fünf Jahre nach einer früheren Abstimmung zugelassen werden. Die erlassenen Anordnungen dürfen nur aufgehoben oder eingeschränkt werden, wenn drei Viertel aller Wahlberechtigten sich beteiligen und zwei Drittel der gültigen Stimmen für eine Aufhebung oder Einschränkung abgegeben werden.

Die Erlaubnis ruht während der Dauer des Verbots, geistige Getränke auszuschenken oder zu verabfolgen, in dem Umlaufe der Einschränkung.

Nach zwölfjähriger Dauer des Verbots erlischt die Erlaubnis, soweit sie von dem Verbot betroffen war.

Die oberste Landesbehörde erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.“

Wie aus diesen Bestimmungen hervorgeht, war von einem Alkoholverbot keine Rede. Es waren lediglich gewisse einschränkende Bestimmungen für den Ausschank vorgesehen. Das Abstimmungsverfahren war mit Kautelen umgeben. Die Vornahme der Abstimmung mußte von einem Fünftel der wahlberechtigten Gemeindeglieder verlangt werden. An der Abstimmung mußten sich drei Viertel beteiligen. Für das Verbot mußten zwei Drittel der gültigen Stimmen abgegeben sein.

Rein für sich betrachtet bot dieses GBR daher keinen Anlaß zu der leidenschaftlichen Erregung, mit der die alsbald einsetzende öffentliche Diskussion über das Für und Wider geführt wurde. Das GBR wird denn auch von den Alkoholfreunden so erbitet bekämpft, nicht um seiner selbst willen, sondern weil man es als ersten Schritt und als Hebel zu einer Trockenlegung Deutschlands betrachtete. Das geht hervor nicht nur aus der Flut von Flugchriften und Broschüren, mit der die Abgeordneten seit Wochen und Monaten überschüttet werden, sondern auch aus den Anträgen, die der Beratung des Haushaltsausschusses zugrunde liegen und die das folgende verlangen:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, das vom Reichstag schon am 18. Februar 1923 verlangte Schutzgesetz gegen den Alkoholismus unter Einbeziehung eines brauchbaren Gemeindebestimmungsrechtes nimmere schleunigst vorzulegen.“

Gegen diese Entschließung wenden sich zwei Anträge. Der vom Demokraten Brodau gestellte will die Worte: „unter Einbeziehung eines brauchbaren Gemeindebestimmungsrechtes“ streichen, während der Volksparteiler Bikes verlangt, daß hinter „Gemeindebestimmungsrechtes“ eingefügt wird: „welches eine Trockenlegung Deutschlands ausschließt.“

Die Beratungen werden am Dienstag beginnen.

Belgische Arbeiterpolitik.

Eine Programmede Vanderveldes.

Brüssel, 26. April. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Gonnelle Vandervelde sprach am Sonntag anläßlich der Einweihung des Volkshauses der Brüsseler Vorstadt Laeken. Er gab zunächst eine offene und klare Darstellung der finanziellen Lage und des Problems der Frankensanierung. Er legte dann den Standpunkt der sozialistischen Partei zu den Versuchen dar, die heutige demokratisch-sozialistische Regierung, sei es durch eine Dreiparteienregierung, sei es durch ein überparteiliches Geschäftministerium, zu ersetzen. Wörtlich führte Vandervelde aus:

„Manche behaupten, daß zu einem Erfolg der notwendigen Finanzoperationen eine Regierung notwendig sei, die das Vertrauen der bestehenden Klassen hat. Die heutige Regierung müßte das einsehen und den Platz räumen. Aber wem? Nach den Wahlen schlugen die Sozialisten selbst eine Regierung aus den demokratischen Elementen der drei Parteien vor. Aber die Liberalen wollten nicht. Auch heute wollen sie das wohl nicht. Sie verlangen eine Regierung, die keine Parteiregierung wäre. Aber das wäre dann etwas viel Schlimmeres, nämlich eine Klassenregierung, eine Regierung der bestehenden Minderheit. Dieser schöne Plan muß an der Tatsache scheitern, daß es in Belgien eine parlamentarische Mehrheit gibt, die entschlossen ist, die Verfassung zu achten, und daß es eine starke und immer stärker werdende disziplinierte Arbeiterklasse gibt, die sich jedem Versuch einer offenen oder versteckten faschistischen Diktatur zu widersetzen wissen wird. Die Sozialisten könnten schon versucht sein, in die Opposition zu gehen und eine derartige Diktatur mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen, aber ihr Verantwortungsgefühl gestattet ihnen nicht, die bereits so gefährliche Lage des Landes noch freischer zu gestalten und eine Situation zu schaffen, ähnlich derjenigen, die in Deutschland zur Inflationszeit bestand.“

„Setzt aus der Regierung scheiden, hieße desertieren. Wir werden nicht desertieren. Wir werden das schwierige, aber unerlässliche Werk fortsetzen, das die Regierung begonnen hat. Dazu ist fester Wille, aber auch Vorsicht und Mäßigung notwendig. Unsere Mäßigung wird weder Schwäche noch eine Kapitulation vor der Macht des Geldes sein. Um die Herrschaft der Geldmacht zu verhindern, werden wir vor keinem Opfer und keinem Kampf zurückschrecken.“

Das Fegfeuer der Langeweile.

„Die Junge Bühne“ führte im „Deutschen Theater“ das viertägige Schauspiel einer gewissen Marie Luise Fleischer, „Fegfeuer in Ingolstadt“, auf. Bei Veranstaltungen der Jungen Bühne hatte sich der Brauch eingebürgert, die Vorstellungen als eine Hag aufzufassen. Hier trafen sich die Jungen, die auf das Kommen des dramatischen Hellands vertrauen, und die Alten, die an die ewige Kraft des Theaters glauben, und die alten und jungen Greise, die mit der Zeit nicht mitkönnen. Und am Schluß der Ratsine pflanzten sie aufeinander und klatschten aus Opposition und pfliffen aus Opposition und schimpften sich gegenseitig abtoten.

Auch gestern hatten sie Trillerpfeifen und hohle Schlüssel mitgebracht. Aber als es zu Ende war, nach zweieinviertel Stunden, da war alles matt, selbst die Pfeifen und die Schlüssel. Das Fegfeuer der Marie Luise Fleischer hatte weder etwas Besonderes im Inhalt, noch im Aufbau, noch im Spiel. Von der Jungen Bühne hatte man etwas Sensationelles erwartet, und wenn es Krampf gewesen wäre. Im „Fegfeuer in Ingolstadt“ ist aber nichts Feuriges.

Die vertrocknete Seele des jungen Rölle, die hot's aber mit dem höllischen Feuer. Durch Brunst zum Licht, das ist sein Schrei. Mit bemerkenswerter Besonnenheit liebt er Olga, eine blutjunge und verdammte grantige Gammelfrauen, die sich nichtsdestoweniger bereits in anderen Umständen und vorwiegend über Laune befindet. Obwohl Rölle ihr die Mittel zum diskreten Landaufenthalt bereitstellt, indem er der Ladenkasse seiner Mutter verschwiegen Geld entnimmt, hat Olga an der durch die Tat bewiesenen Liebe keine rechte Freude. Denn er ist kein Liebhaber, mit dem sie Staat machen kann. Als mürblich idelmüder Fegling schleicht er herum, wie der Schreiber Leonhard aus der Hebbelischen „Maria Magdalena“. Die Marie Luise Fleischer übertrumpft den Hebbel um ein Beträchtliches in der Schilderung der Widerwärtigkeit des Burschen. Da es Olga Vater natürlich peinlich ist, daß seine junge, gebildete Tochter ein Kind unterm Herzen trägt, geht sie ins Wasser. Im Gegensatz zu Hebbel wird sie gerettet, ein Anlaß für die Dichterin, noch einen vierten Akt zu gestalten, in dem Herr Rölle seine beharrliche Bäherrigkeit fortsetzt. Er wimmert im ganzen vier Akte lang um Befreiung von Liebes- und Seelenpein, ohne zu einem für ihn, für die Geliebte oder für den Zuschauer befriedigenden Abschluß zu kommen. Das Drama bricht nach dem vierten Akt unversehens ab. Man könnte nun, ohne den Sinn wesentlich abzubiegen, wieder von vorn beginnen.

Die Darsteller hatten, wie immer bei Veranstaltungen der Jungen Bühne, Bemerkungswürdiges geleistet. Aribert Wäcker, Mathias Wieman, v. Twardowsky, Helene Weigel, Maria Koppenhöfer und Maria Paudler standen wie die übrigen auf vornehmem Posten und fügten doch mit dem Regisseur Paul Bildt auf der ganzen Linie. Ernst Degner.

Die wichtigste Aufgabe der Nordpolforschung. Die nördlichen Küstenlinien der großen Kontinente, welche die Polarregion umgeben, sind jetzt bekannt. Es können in den Polarregionen noch größere oder kleinere Inseln entdeckt werden, aber es besteht keine Wahrscheinlichkeit, daß eine zusammenhängende Landmasse größeren Umfangs unentdeckt geblieben sei. Was uns noch zu tun bleibt, das ist, wie Frithjof Nansen im „Forum“ ausführt, die topographische Aufnahme der nördlichen Ränder der Erdteile, soweit sie von verhältnismäßig seichtem Wasser bedeckt sind. Dieses unterseeische Land dehnt sich oft weit über die sichtbare Küste aus und stürzt erst in sehr großer Entfernung von dieser zur Tiefe des Weltmeeres ab. So erstreckt sich diese kontinentale Untiefe vom Nordrand Sibiriens aus Hunderte von Meilen weit; ihre im ganzen ebene Oberfläche befindet sich zu großen Teilen in weniger als 50 Meter Tiefe. Nur an einer Stelle nördlich der Neusibirischen Inseln ist ihr Rand von der „Fram“ genau festgestellt worden; er liegt mehr als 300 Meilen nördlich der sibirischen Küste. An einem anderen Punkt, etwa halbwegs zwischen den Neusibirischen Inseln und dem Kap Tscheljuskin, nahm die russische Expedition 1913 eine Lotung bis gegen 400 Meter vor, ohne auf Grund zu kommen; wahrscheinlich befindet sich hier der Rand der Untiefe. Nördlich von Kanada erstreckt sie sich auch sehr weit, doch ist ihre Ausdehnung unbekannt. Dagegen tritt der Rand nördlich von Alaska bei Kap Barrow und östlich davon sehr nahe an die Küste heran. Die Fram-Expedition fand, daß es in den Gegenden nahe dem Nordpol ein Ozeanbecken mit Tiefen von 3000 bis 4000 Metern gibt, doch ist unersucht, wie weit es reicht. Die Wichtigkeit dieser Forschungen sucht Nansen dadurch deutlich zu machen, daß er erklärt, die Bewegungen unserer Atmosphäre ohne Kenntnis der physikalischen Bedingungen der Polarregionen untersuchen zu wollen, sei nicht besser, als wenn man die Gelege für die Zirkulation des Wassers in der Heizung eines Hauses erkennen wollte, ohne etwas von dem Heizapparat selbst zu wissen.

Die Gesellschaft für Theatergeschichte hielt Sonntag in der Berliner Universität ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Dr. Hans Knudsen erstattete den Jahresbericht. Er erwähnte insbesondere die Mitglieder, eine rege Werbetätigkeit zu erkalten und bedauerte auferordenlich, daß die Bühnenkünstler selbst so wenig Interesse an der Geschichte ihrer Kunst nehmen, da nur ganz wenige von ihnen dem Verein angehören. Der Gesamtvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Im Anschluß an die Versammlung hielt Professor Wittkowski-Leipzig einen Vortrag über „Reinigerium und Bühnenkunst der Gegenwart“.

Der junge Chor. Am Sonnabend abend gab der „junge Chor“ in der Singakademie sein zweites diesjähriges Konzert. Er sang Chöre von Bach, Hasler, Telemann und deutsche und russische Volkslieder. Die Darbietungen zeigten hohes, künstlerisches Niveau, selbst der schwierige Chor „Bist du bei mir“ von Joh. Seb. Bach gelang in der Führung der einzelnen Stimmen fehlerfrei. Musikalität, Rhythmus und feinste Schattierung in der Stimmführung charakterisieren den „jungen Chor“, hinzu kommt ein frisches, unerbautes Stimmmaterial, Sicherheit in der Tongebung und eine tatsächliche Begeisterung, die Schwierigkeiten überwindet. Haslers „Preis der Liebsten“ und ein „Wächterslied“ aus dem Jahre 1535, gelangt in der Stimmführung und barock in der ganzen Komposition,

waren die abgerundeten Leistungen des Abends. „Es geht ein Wehen“ von Brahms sang dagegen matt. Im ganzen ein Chor, der den Vergleich mit jedem wohlrenommierten Chor aushalten kann. Das Schubert-Quartett spielte das Streichquartett E-Moll von Smelana besonders klug und schmelzend im dritten Satz, im „Largo sostenuto“, während der zweite Satz „allegro moderato a la Polka“ etwas zu schwer geriet.

Ausstellung altrussischer Kunst in Berlin. Die russische Regierung plant, in Berlin eine Ausstellung altrussischer Monumentalkunst zu veranstalten. Die Vorbereitungen liegen in der Hand des Generaldirektors der Eremitage in Leningrad, Prof. Dr. Theodor Schmidt. Das Leningrader Reichsinstitut für Kunstgeschichte hat bei der Erforschung der altrussischen Monumentalmalerei, wo es nur irgend möglich war, Kopien anfertigen lassen. Seit durch die Revolution die bis dahin im Inneren streng gehüteten Räume und Heiligtümer der russischen Kirche für die Wissenschaft erschlossen wurden, haben sich die staatlichen Denkmalpfleger überall bemüht, Wandmalereien und Tafelbilder von späteren Uebermalungen zu befreien und wieder herzustellen. Nun will man dieses geschichtlich bedeutungsvolle Material auch im Ausland zeigen, und das soll zuerst in Berlin geschehen. Denn es trifft sich, daß in Berlin Kopien byzantinischer Wandgemälde aus dem östlichen Mittelmeergebiet bewahrt werden. Es wird also in Berlin möglich sein, die byzantinischen Grundlagen der russischen Kunst und dann in erlebten Proben diese selbst vorzuführen.

Die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. beginnt ihren sechsten Lehrgang am 1. Oktober 1926, er wird bis zum 30. Juni 1927 dauern. Anmeldungen solcher Hörer, die auf eigene Kosten teilnehmen wollen, werden nur bis zum 1. Juni d. J. entgegengenommen. Diese sind zu richten an die Akademie der Arbeit, Frankfurt a. M., Mertonstr. 17. In dem Bewerbungsschreiben müssen die Gründe dargelegt sein, die den Bewerber zum Besuch der Akademie veranlassen. Außerdem muß der Antrag darüber Auskunft geben, wie die Finanzierung des neunmonatigen Lehrganges in Frankfurt gedacht ist. Dem Antrag sind ein ausführlicher Lebenslauf und nach Möglichkeit auch einige Referenzen beizufügen. Da jeder Bewerber vor seiner Zulassung eine schriftliche Prüfungsbearbeitung anfertigen muß, sind im Bewerbungsschreiben die Hauptinteressengebiete und die bisherigen Arbeitsgebiete anzugeben.

Eloß-Pollbringen hat nach der letzten Volkszählung gegenwärtig 1 781 874 Einwohner. Das bedeutet im Vergleich zum Jahre 1921 eine Zunahme von 71 525, im Vergleich zu 1910 aber einen Rückgang von 92 440. In Strahburg ist die Bevölkerungszahl von 166 707 im Jahre 1921 auf 173 598 im Jahre 1926 gestiegen, in Rülthausen dagegen von 99 226 auf 98 134 gefallen.

Vas der Republik der Wissenschaften. Prof. Dr. Erlon, Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule zu Berlin, ist zum Honorarprofessor in der philosophischen Fakultät der Universität Berlin ernannt worden. Er hat den Auftrag erhalten, hier die Betriebswirtschaftslehre zu lehren.

Eine Kubent-Gedächtnisausstellung wurde Sonntag im Kellerhaus Siegmundsdorf, der letzten Wirkungsstätte des verstorbenen Tier- und Kolonialmalers Wilhelm Kubent, eröffnet.

Ellen Key.

Eine Vorkämpferin der Jugend und der Frauen.

Die Schriftstellerin Ellen Key, die seit längerer Zeit schwer krank darniederliegt, ist in der Nacht zum Sonntag in Strassand am Westsee (am 77. Lebensjahr) verstorben.

Im Jahre 1900 erschien in Schweden ein Buch, das ungeheures Aufsehen erregte und alsbald auch ins Deutsche übertragen wurde: „Das Jahrhundert des Kindes“ von Ellen Key. Die Verfasserin war eine schon über fünfzigjährige schwedische Schriftstellerin, die bereits durch ein früheres Werk „Mißbrauchte Frauenkraft“ und einige andere Schriften die Aufmerksamkeit eines interessierten Kreises auf sich gezogen hatte. Jetzt war mit einem Schlage ihr Name in aller Munde: wie einst Ibsens Gesellschaftsdramen, vor allem „Nora“, den Gesprächsstoff einer ganzen Klasse in allen Ländern des Erdballs gebildet hatte, so stritt man nun mit nicht geringerer Heftigkeit allenthalben über das, was Ellen Key an der alten Erziehung auszuweisen, was sie für die neue zu fordern hatte.

Am schnellsten waren die mit ihr fertig, die es am meisten anging: die Herren vom Fach, von der pädagogischen Wissenschaft, „Antriftungs- und Begleitungspädagogik“ nannte ein reaktionärer bayerischer Oberlehrer ihr Buch, und damit war für die meisten die „alte, aber unzeitliche und überchwängliche Idealistin“ abgetan — der man allerdings die Sachkenntnis doch nicht gut absprechen konnte: war sie doch selbst zwei Jahrzehnte hindurch in Stockholm Lehrerin gewesen. Aber es war gut zu verstehen, daß das Gros der Schulmeister von dieser tapferen Frau nichts wissen wollte, die ihnen in einer bis dahin wirklich unerhörten Weise die Wahrheit sagte. Ihr Kapitel über den Religionsunterricht etwa begann kurz und eindeutig so: „Das im jetzigen Augenblick demoralisierendste Element der Erziehung ist der christliche Religionsunterricht“, oder ihren Angriff gegen die „höhere“ Schule eröffnete sie mit den folgenden, auch sprachlich bewundernswerten Sätzen:

„Der vor die Aufgabe gestellt würde, mit einem Federmeßer einen Urwald zu fällen, müßte vermutlich dieselbe Ohnmacht der Verzweiflung empfinden, die den Reformierer vor dem bestehenden Schulsystem ergreift — diesem unüberwindlichen Dämon von Lohheit, Korruption und Mißgriffen, wo jeder Punkt sich zum Angriff eignet, aber jeder Angriff mit den zu Gebote stehenden Mitteln fruchtlos bleibt. Der Schule der Jetztzeit ist etwas gelungen, das nach den Naturgesetzen unmöglich sein soll: die Vernichtung eines einmal vorhanden gewesenen Stoffes. Der Kenntnisdrang, die Selbsttätigkeit und die Beobachtungsgabe, die die Kinder dorthin mitbringen, sind nach Schluß der Schulzeit in der Regel verschwunden, ohne sich in Kenntnisse oder Interessen umgewandelt zu haben. Das ist das Resultat, wenn die Kinder ungefähr vom sechsten bis zum achtzehnten Jahre ihr Leben auf Schulbanken damit zugebracht haben, Stunde für Stunde, Monat für Monat, Semester für Semester Kenntnisse zuerst in Leetbüchern, dann in Diktierbüchern und schließlich in Schlußportionen einzunehmen, Mixturen, die der Lehrer oft aus Darstellungen aus vierter oder fünfter Hand zusammengedrückt hat.“

Das sind nur zwei kurze Stichproben für die wahrhaft erschütternde Art, der hier der Stillsitz der alten Schule und der alten Erziehung der Krieg erklärt wurde. Mit der gleichen Laivkraft wird dem Unwesen der Examinationsklausuren zu Leibe gerückt, das Vorschul- als unkindgemäß abgelehnt, die Prügelstrafe bekämpft, gegen die nationalpatriotische Verheißung in der Erziehung der Schulpflicht Stellung genommen. Das Phantom der „allgemeinen Bildung“ wird gebührend gekennzeichnet und darüber hinaus der Intellektualismus der alten Schule, die alles vernachlässigte außer dem Bestand des Kindes, unter die Lupe genommen: „Kenntnisse töten, das Gefühl allein macht lebendig.“

Ellen Key in der Reaktion auf die bestehenden Zustände hier und da scharflich ein bißchen über das Nützliche hinaus, so war doch ihr Grundgedanke durchaus zu bejahen: natürliche Erziehung fordert sie, wie sie vor ihr schon Rousseau so eindringlich und so erfolgreich erhebt. Die erste Regel dieser Erziehungsmethode lautet, „das Kind in Frieden lassen, möglichst selten unmittelbar eingreifen, nur rohe und unreine Eindrücke fernzuhalten, aber alle Wachsamkeit auf die eigene Person, das eigene Leben zu verwenden.“ Das Vorbild, das Beispiel ist der eigentliche Erzieher. In diesem Sinne ist der viel angegriffene Satz zu verstehen, daß das größte Geheimnis der Erziehung gerade darin liegt, „nicht zu erziehen.“ So soll auch in der Schule das Kind eigentlich nur die Stätte zur Entfaltung seiner eigenen Kräfte, zur Bildung seiner Persönlichkeit finden. In anderen Punkten hat Ellen Key Forderungen vorweggenommen, die heute im Brennpunkt des pädagogischen Interesses stehen: sie verlangt Wertunterricht, das Arbeitsprinzip für alle geistigen Fächer, Gesamtunterricht, neue Lehrerbildung und vieles andere mehr.

Besonders eng sieht sie den Zusammenhang zwischen der Erziehung und der Frauenfrage. In zahlreichen Schriften — „Mißbrauchte Frauenkraft“, „Liebe und Ehe“, „Mutter und Kind“, „Die Frauenbewegung“ u. a. — hat sie die Rolle der modernen Frau in einer stets interessanten, persönlich gefärbten Weise beleuchtet. In mancher Einzelfrage hat sie nicht scharf genug gesehen, so etwa in der Beurteilung der Erwerbsarbeit der Frau als einer wieder vorübergehenden Erscheinung, aber doch in der großen die rechte Stellung einnahm, bewiesen uns etwa ihre Worte, „daß der einzige Weg, auf dem die Frauenfrage in ihrer Gesamtheit gelöst werden kann, die soziale Umgestaltung“ ist. In solcher Einseitigkeit wird sie natürlich stark ab von den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen ihrer Zeit, die, wie Lily Braun einmal so treffend sagte, in der Frauenfrage im Grunde nur eine „Damenfrage“ sahen. Ellen Key fordert vor allem wirksamen Schutz der erwerbstätigen Frau, der zugleich Kindererziehung, fordert Verbot der Kindererwerbsarbeit, sie tritt für den Achtstundentag ein. Wie fern diese Frau schon vor fast einem Menschenalter allen bürgerlichen Reformern stand, die man am liebsten durch eine umfassende Wohltätigkeit auf einem für die bestehende Klasse möglichst schmerzlosen Wege herbeiführen wollte, beweisen z. B. die folgenden kräftigen Worte: „Alle Wohltätigkeit — und in keiner Zeit ist diese größer gewesen als in der unserigen — ist nichts anderes als wohlhabendes Raucherwerk, am Ausfluß einer Kloake angehängt. Das Raucherwerk macht die Luft für die Vorübergehenden erträglicher, hindert aber die Infektionsstoffe der Kloake nicht, ihre Wirkung zu tun.“

Ellen Key sah einen anderen Weg zur „sozialen Umgestaltung“ und nur diesen einen: den des Klassenkampfes. In einer Schrift „Die junge Generation“, die man wie fast alle ihre Werke noch heute mit atemloser Freude liest, bekämpft sie sich zum „Klassenkampf des vierten Standes“ im Gegensatz zu den kurzfristigen Liberalen der Zeit, die glaubten, „noch immer Zeit zu haben, Brücken zu schlagen“ — ohne wahrzunehmen, daß der Kapitalismus bereits alles überhandnehmen hat.“ In dieser Schrift, die unseren schwedischen Genossen Branding und Lindbom gewidmet ist, wendet sie sich direkt an die Jugend. Wie einst Jola während des Dreißigjährigen Kampfes, so sieht nun auch Ellen Key in all der Trostlosigkeit des kapitalistischen Zeitalters die letzte Hoffnung auf die kommende, die eben heranwachsende Generation. „Eine große Durchbruchzeit stellt unerhörte Forderungen an die Jugend. Vor allem diese: eine große Idee zu erkennen, auch wenn sie nicht in so edler Form kämpft, als man erhoffte, wenn sie nicht einherzieht mit weißen Wägen und Illusionsschmücken Speeren“, sondern auch, wenn sie mit roten Fahnen und Häuptern auf den Speeren einherwandert.“

So gewiß auch Ellen Key an manches Vorurteil ihrer Zeit, ihrer sozialen Lebenssphäre gefesselt blieb: sie war eine der ganz wenigen Frauen, die schon um die Jahrhundertwende mit klarem Blick das große Ziel und den richtigen Weg sahen. Mit seltenem Bekenntnis, mit hinreichendem Temperament, mit durchschlagenden Argumenten hat sie ihre Forderungen für eine neue Erziehung, eine neue Moral, eine neue Gesellschaft vertreten. Die Kämpfer für die von ihr ersehnte und mit vorbereitete bessere Zeit: das Proletariat, in erster Linie aber die Frauen und die Jugend. Schulden Ellen Key Dank für kluge und treue Kampfgenossenschaft.

Walter Fabian.

Gewerbekrankheiten und Volksgesundheit.

Die Berufsgesunden und ihre Bekämpfung.

Im Rahmen der Reichsgesundheitswoche hielt Genosse Dr. Meyer-Brodny in der Vortragsreihe des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Saal der Hygienemesse am Kaiserdom vor sehr zahlreichem Publikum ein Referat über „Gewerbekrankheiten“. Zu Beginn seines Vortrages ging der Redner auf die komplizierte Technik der Gasherstellung ein. Man verzeichnet in den verschiedenen Abteilungen der Gasherstellungsbetriebe Produktionsweisen von schwankender Gefährlichkeit. Die Statistik weist Handwerker und Lohnarbeiter mit den Arbeitern in der Kohlaufbereitung und in den Ofenhäusern durcheinander. Sie ist deshalb kaum verwendbar. Genosse Dr. Meyer-Brodny ging dann im Detail auf die Schädlichkeiten der Kohlaufbereitung und -verfeinerung durch Kohlenstaub ein, behandelte die hygienische Gefahr der nebenströmenden giftigen Gase und der Hitze in den Ofenhäusern und betonte, daß mit aller Energie die technische Reformierung der Gasbetriebe durchgeführt werden müsse. Allerdings steht es in den Gaswerten relativ günstig. Zum Problem der Betriebsunfälle, die zum Teil leider selbstverschuldet sind, forderte Genosse Dr. Meyer-Brodny den Ausbau der Betriebsräte zur systematischen Betriebskontrolle durch die Arbeiterklasse und verlangte, daß die Unternehmer den Anregungen aus Arbeiterkreisen mehr als bisher Gehör schenken. Die Bekämpfung der Berufsschädlichkeit und der Betriebsgefahren ist weniger eine ärztliche als eine technische Frage. Selbst vom Standpunkt des Profits aus gesehen, ist die Durchführung auch teuerer Betriebsreformen, die die Gefährlichkeit der Produktionsweise herabmindern, rentabel. Die Gesundheitswoche bezeichnete der Vortragende als eine große Rederei, deren Resultat gleich Null wäre und durch deren hygienische Demonstrationen kein Mensch gesund werde. Die Verbilligung des Brotes ist wichtiger als die ganze Reichsgesundheitswoche. Gesundheitspolitik ist Lohnpolitik, ist Wohnpolitik. Der Kampf um die hygienische Kultivierung der breiten Volksmassen ist gleichzeitig ein Kampf um ihre wirtschaftliche und gewerkschaftliche Besserstellung. Der dichtgefüllte Saal dankte dem Redner für seine lehrreichen Ausführungen mit starkem Beifall.

Familientragedie in Tegel.

Die Tat eines Nerventranten.

Ein furchtbares Familiendrama ereignete sich gestern früh gegen 5 Uhr im Hause Engelstraße 12 in Tegel, wo der 63 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Stawicki seine drei Jahre ältere Ehefrau durch Beilohbe zu töten versuchte und sich kurz darauf selbst erhängte. Stawicki lebte in durchaus glücklicher Ehe. Eine Nervenzerrtheit setzte ihn jedoch in der letzten Zeit aber immer mehr zu, so daß er am Sonntag morgen wahrscheinlich in einem Anfall geistiger Unmachtung zur Art griff und auf keine im Bett ahnungslos schlafende Ehefrau einhieb. Nachdem er gefahren hatte, welches Unheil er angerichtet, erhängte er sich. Durch einen Zufall wurde die Tat bereits am Sonntag vormittag bemerkt, als ein naher Verwandter die Eheleute auffuchen wollte. Als auf sein wiederholtes Klopfen nicht geantwortet wurde, schloß er Verbot und alarmierte die Polizei, die in die Wohnung gewaltam eindrang. Frau St., die schwere Kopfverletzungen davongetragen hatte, wurde in sehr bedenklichem Zustande in das Birchowkrankenhaus eingeliefert.

Die Lebensmüden des Sonntags.

Ein Freudenfest wie selten einer. Hunderttausende sind draußen, atmen Freiheit, Freude und Leben. In der Stadt aber die vielen Kleintragödien der Lebensmüden, der Lebensüberdrüssigen. Die 28 Jahre alte Hausangestellte Marianne D. versuchte gestern abend an der Ede Spichern- und Goslarstraße sich die Pulsadern zu öffnen und Salzsäure einzunehmen. Die Lebensmüde konnte noch rechtzeitig in das Elisabethkrankenhaus gebracht werden. Der Grund zu der Tat ist unbekannt. — In selbständiger Absicht sprang gestern abend gegen 8 Uhr die 18jährige Stenotypistin Margarete K. aus der Wilhelmshaber Straße von der Seestraßebrücke in den Spandauer Schiffahrtskanal. Sie wurde von Zivilpersonen aus dem Wasser gezogen und in das Birchowkrankenhaus gebracht. Auch hier ist der Grund zu der Tat unbekannt. — Wegen Familienstreitigkeiten suchte sich am Sonntag nachmittag um 3 Uhr der 41 Jahre alte Arbeiter Max D. in seiner in der Mühlenstraße gelegenen Wohnung durch Einatmen von Leuchtgas das Leben zu nehmen. Die von der Feuerwehr angeordneten Wiederbelebungsvorkehrungen waren von Erfolg. — Aus Liebestummer suchte sich heute früh der 19 Jahre alte Arbeiter Wilhelm R. in der elterlichen Wohnung in der Berliner Straße in Tegel mit einem Leuchtgas das Leben zu nehmen. Er fand im Birchowkrankenhaus Aufnahme. — In seiner Wohnung wurde der 23 Jahre alte Georg Schöne mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Der Grund zu der Tat ist unbekannt. — Die 14 Jahre alte Maria W. verübte in der elterlichen Wohnung in der Seestraße einen Selbstmordversuch, indem sie sich mit Leuchtgas zu vergiften suchte. Sie konnte gerettet werden. Der Grund zu der Tat ist in Familienstreitigkeiten zu suchen. — Aus bisher unbekanntem Grund suchte sich am Sonntag abend die 28 Jahre alte Arbeiterin Anna F. mit ihrem sechsjährigen Kinde durch Einatmen von Leuchtgas das Leben zu nehmen. Beide konnten gerettet werden und fanden im Birchowkrankenhaus Aufnahme.

Feuer im Telefunkenhaus.

Ein größeres Feuer beschäftigte heute morgen kurz vor ¼ 4 Uhr längere Zeit mehrere Züge der Berliner Feuerwehr am Halleschen Ufer 6/13, wo in den Kellerräumen des Telefunkenhauses Feuer ausgebrochen war. Unter der Leitung des Baurats Rolke wurde mit drei C-Rohren gegen den Brandherd, der sich in den unterirdischen Lagerräumen auf dem Hof befand, vorgegangen. Große Mengen Kisten und Holzwerkstoffe fielen den Flammen zum Opfer. Durch die kolossale Qualmentwicklung waren die Völk- arbeiter sehr erschwert, so daß mit Rauchschutzhelmen gearbeitet werden mußte. Nach zweistündiger Völkertätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt. Gegen ¼ 6 Uhr traf dann ein Ablösungszug ein, der bis ¼ 8 Uhr morgens die Aufräumungsarbeiten vornahm. Die Entstehungsurache ist bisher unbekannt, ist aber vermutlich auf Selbstentzündung zurückzuführen.

Reichsbannerstag in Neufölln.

Am Sonnabend und Sonntag veranstaltete das Reichsbanner in Neufölln in einer groß angelegten Feier die Nagelung seiner Banner. Eine Abendfeier in den Gesamtträumen der Reuen Welt bildete den Auftakt für die am Sonntag stattfindende Kundgebung. Für die Abendfeier hatte Reichstagsabgeordneter Philipp Scheidemann die Festansprache übernommen. Nach Begrüßungsworten des Kreisvereinsvorsitzenden F. Gutschmidt sprach Scheidemann: In der heutigen Kampfperiode müssen die Republikaner festher denn je zusammenstehen. Die Kaiserlichen haben den Zusammenbruch Deutschlands herbeigeführt. Als wir uns dann schweigend vor das niederkriechende Deutschland stellten, als wir verlustig, Ruhe und Ordnung wieder zu errichten, als wir nach unglücklichen Kämpfen uns unsere Staatsform geschaffen haben, da kamen sie wieder, um aus uns, die wir jahrelang schwere Lasten auf uns nehmen mußten, ungeheure Summen herauszupressen. Wir wissen genau, daß die verlangten Summen dazu dienen sollen, wieder den Verlust zu machen, den Fürsten ihre Throne zu verschaffen. Wir wissen genau, daß es den Fürsten gehen würde wie zum Kapp-Putsch. Das Volk hat keine Sehnsucht nach neuen Unterdrückungen, nach neuen Unruhen. Darum will auch das Volk selbst über die Abfindung entscheiden. Scheidemanns Worte wurden mit großem Beifall aufgenommen. Vorträge des Kammerjägers

Waldeemar Henke, heitere Darbietungen von Gustav Berner und Wolf Trug vom Staatstheater und Tanzdarbietungen von Christel Richter und Ella Behrendt umrahmten das Programm. Reichlich Beifall dankte den Künstlern. Vor allem eine lustige Szene nach Motiven von Glühbrenner mit Bildern aus der Gegenwart erweckte Heiterkeit und Freude. Am Sonntag verammelten sich die Kameradschaften am Kreuzplatz und nach einem kurzen Umzug ging es zum Sportplatz an der Innstraße. Dort sprach vor einer vieltausendköpfigen Teilnehmerhorde Major Hauff und Reichstagsabgeordneter Künzler. Genosse Künzler führte aus: Als die monarchistischen Verbände angingen, bei ihren Soldatenpielerien Buschgefäße zu bekommen, organisierten die drei republikanischen Parteien diese Schutztruppe für die Republik. Wir haben mit dem Reichsbanner Seite an Seite gekämpft und wir werden auch in Zukunft treue halten. Für die Sozialdemokratische Partei überreichte der Parteivorsitzende Neuföllns Landtagsabgeordneter Harnisch einen von der Partei gestifteten Bannernagel.

Heidentaten der Roten Frontkämpfer.

Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Jungdeutschen.

Zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Jungdeutschen kam es am gestrigen Sonntag Abend am Bahnhof Karlshorst. Der Rote Frontkämpferbund hatte in Karlshorst anlässlich der Gründung einer Ortsgruppe eine Kundgebung veranstaltet, zu der die übrigen Groß-Berliner Ortsgruppen dieser kommunistischen Organisation, insgesamt mehrere 100 Mann, durch Abordnungen vertreten waren. Ein am Nachmittag mit Musik und unter Mitführung zahlreicher roter Fahnen veranstalteter Umzug verlief zunächst ohne Zwischenfall. Die Versammlung löste sich dann auf, und der Abmarsch der verschiedenen Frontkämpfergruppen begann. Als die Abteilungen Köpenick und Oberschöneweide gegen 6 Uhr abends zum Bahnhof Karlshorst marschierten, stießen sie an der Stolzenfelsstraße auf einen etwa 30 Mann starken Trupp von Jungdeutschen, die ebenfalls zum Bahnhof wollten. Es kam zunächst zu Reibereien. Blödsinnig hielten die Roten Frontkämpfer über die Jungsturmeute her, und es kam zu einer Schlägerei. Die Polizei schritt ein, erwieb sich aber bei der geringen Zahl der Beamten zunächst als machtlos. Die Schutzpolizisten gerieten selbst in Bedrängnis, denn die Kommunisten machten sich die Schwäche des Polizeikommandos zunutze und gingen gegen die Beamten vor. Blödsinnig, als der Tumult schon auf dem Höhepunkt war, eilte ein Trupp von etwa 100 Kommunisten im Laufschrift heran, so daß nun die Lage der Polizei kritisch wurde. Ihr Führer ließ nun, nachdem die Menge vorwärtsmächtig dreimal vergeblich zum Weitergehen aufgefordert war, die Karabiner fertig machen und das Seitengewehr aufpflanzen. Die Schutzpolizisten schwärmten aus und drängten Schritt für Schritt die Angreifer zurück, ohne sie aber zerstreuen zu können. Die Roten Frontkämpfer lamelten sich immer wieder und rückten beim Zurückgehen der Polizei immer von neuem vor, so daß die Räumungsaktion dreimal wiederholt werden mußte. Dem Vorgehen der Polizei ist es zu danken, daß es zu keinen ernsthaften Zwischenfällen gekommen ist.

Völkischer Caféhauspektakel.

Kein Tag vergeht, ohne daß es insbesondere in der Damäne des randalierenden Hakenkreuzes, im Westen, zu Ausschreitungen nationalsozialistischer Jünglinge kommt. Zu solch einem von völkischer Seite provozierten Skandal kam es am Sonnabend Abend kurz vor 1 Uhr in einem Café in der Berliner Straße, Nähe Bayerische Platz. Dort übte ein Rouleur (nach anderer Version „Offizier“ a. D.) Hans Helmuth Steiger, Brüdenallee 17, einen Kaufmann G. in laienem antilemischen Jargon an. Es kam zu einem Kräfte, der die Herbeirufung von Polizeibeamten zur Folge hatte. Als die Affäre auf der Straße weiterging, wurde der wacker Hiltmann sehr klein, erlaubte sich jedoch in Gegenwart der zwei diensttuenden Polizeibeamten noch die Freiheit, von „Schwarz-rot-Weiß“ zu sprechen. Die Antwort, die dem Völkchen aus dem Publikum wurde, war von erschütternder Deutlichkeit. Wir nehmen an, daß die Staatsanwaltschaft gegen die Verächtlichmachung der Reichsflaggen der Republik durch den völkischen Radaubruder strafrechtlich einschreiten wird. Jedenfalls sind außer den beiden republikanischen Polizeibeamten noch andere Zeugen für den Vorfall vorhanden.

Enthüllung eines Denksteines für Erich Schulz.

Am gestrigen Sonntag führte sich der Tag, an dem der Reichsbannerkamerad Erich Schulz bei friedlicher Wahlpropaganda von völkischer Rubenhand erschossen wurde. Um des Erich Schulz gebrachten Opfer würdig zu gedenken, versammelte die Kameradschaft Kreuzberg ihre Mitglieder sowie eine stattliche Fahnendeputation aller Berliner Kreise am gestrigen Sonntag am Grabe des toten Kameraden auf dem Garnisonfriedhof zur Enthüllung eines Denksteines. Ernst und still ging der Umarmung vor sich. Zu Häupten des Grabes nahm die Fahnendeputation Aufstellung, ein eindrucksvolles Bild. In seiner Rede entwarf Genosse Erwin Barth ein Lebensbild des allzufrüh Dahingegangenen. Mit 27 Jahren mußte der Republikaner Erich Schulz am Vorabend der Reichspräsidentenwahl sein junges Leben hingeben. Sein Mut erregt uns die Pflicht auf, in seinem Geiste das freiheitliche Werk fortzusetzen. Dann lag dumpfer Trauerworte über Gräberreihen: zum stillen Gedenken senkten sich die Fahnen über den schlächtigen Hügel. Die schwarzrotgoldene Halle fällt und zeigt den schlächten geschmackten Stein, der oben als Relief einen schwarzrotgold gehaltenen Reichsadler aufweist. Die Inschrift lautet: Kamerad Erich Schulz. Geboren am 12. Februar 1898. Gestorben am 25. April 1925. Nach kurzen Worten des Genossen Erwin Barth, der den Denkstein den Familienangehörigen zur freien Pflege übergibt, ertönt das Lied vom guten Kameraden. Am Vorbeimarsch nehmen die Reichsbannerleute grüßend Abschied von dem Toten. — Die Teilnehmer an der Feier waren erstauert und verblüfft darüber, daß etwa 40 Schutzpolizisten mit Karabinern auf dem Friedhof stationiert worden waren. Der zur Sicherung der Feier notwendige Schutz kann doch auch vor dem Friedhof wirksam gestaltet werden.

Zwei billige Volkstage in der Hygiene-Ausstellung.

Dem Berliner Volkswort ist es in letzter Stunde gelungen, eine Verlängerung der Allgemeinen Deutschen Hygienemesse und der Ausstellung „Die Gesundheitsfürsorge unserer Zeit“ im Hause der Funkindustrie am Kaiserdom am zwei Tage, Montag, den 26. und Dienstag, den 27. April, durchzusetzen. Diese beiden Tage werden als Volkstage zu ermäßigtem Eintrittspreis von 30 Pfennigen für Erwachsene und 20 Pfennigen für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren veranstaltet. Damit haben weitere viele Volkstage sowie diejenigen Schüler, die die Ausstellung in geschlossenen Führungen nicht besuchen konnten, die Möglichkeit, die Darbietungen der Hygieneausstellung in Augenschein zu nehmen! Anträge für weitere geschlossene Führungen sind zu richten an die Leitung der Hygienemessen im Funkhaus (Westend 1438). Die Ausstellung ist an beiden Volkstagen von 10 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends geöffnet; die täglichen Vorträge und Filmvorführungen im Vortragsaal finden weiter statt. Eintrittskarten sind nur zu haben an den Ausstellungskassen, nicht mehr bei den Verkehrsstellen.

Zum Raubmord in Henerröhle. Der des Mordes an der Köhlerwirtin Frau Schröder im Schützenhaus zu Heegermühle verdächtige Arbeiter Semlin ist jetzt in einem kleinen Dorf am Greifswalder Bodden ermittelt worden. Die Polizei dort hat festgestellt, daß Semlin zur Zeit des Mordes bereits in dem Dorf gewesen ist und gearbeitet hat. Er kann also nicht der Mörder gewesen sein, wird aber trotzdem nach Heegermühle gebracht werden, weil er bisher noch dringender verdächtig ist, an den Eindrücken in das Schützenhaus beteiligt gewesen zu sein.

